

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Volkseigenen Volksrates Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit Illust., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

**Inseratenpreise:** Die 10 Gelpalt. Kolonellsseite 35 Pfa., bei Platzvorrat 40 Pfa. Stellenangebote 10 Gelp. Kolonellsseite 25 Pfa. Familiennachrichten von Privatleuten die 10 Gelp. Kolonellsseite mit 50% Nachsch. Reklameseite 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10 Gelp. Kolonellsseite 40 Pfa. bei Platzvorrat 50 Pfa. Reklameseite 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postämter entgegen

### Die Interparlamentarische Union

Im Reichstagsgebäude ist seit einigen Tagen das sogenannte „Parlament der Parlamente“ beisammen. Das klingt sehr schön und soll wohl auch den Eindruck erwecken, als gehe da irgendeine besonders bedeutungsvolle Sache vor sich. Wer das jedoch glaubt, der ist das Opfer einer Täuschung. Denn diese Interparlamentarische Union, die da zu ihrer 25. Tagung beisammen ist, ist das Privatverhältnis von Parlamentariern, die in der Illusion leben, durch ihre Zusammenkünfte die friedlichen Beziehungen der Völker fördern zu können. So kommen die, die daheim in ihren Parlamenten die Rüstungen beschließen, auf den Tagungen der Interparlamentarischen Union mit denen zusammen, die gegen den Militarismus und die Aufrüstung kämpfen. Es werden schöne und andere Reden gehalten und die Versanktler versichern dann, daß auch diese Tagung wieder ein Schritt... na, wir kennen ja die übliche Phrase, die auch die unbedeutendste Sache und die völlig erfolglosen Konferenzen zu einem „Markstein der Geschichte“ macht.

In Berlin haben sich also Parlamentarier aus zahlreichen Ländern zusammengefunden, die das dringende Bedürfnis fühlen, Reden zu halten oder Reden anzuhören. Ein Kommunist, Sozialist, Demokrat und Faschist sitzen einträchtig beieinander und reden über alles, worüber zu reden sie für nötig halten. Es hat zwar auf dem internationalen Kongreß der alte italienische Sozialistenführer Turati, der in der Verbannung leben muß, von neuem die Todfeindschaft der Sozialisten gegen den Faschismus verkündet. Es hat auf diesem Kongreß der ungarische Emigrant Kunfi eine erschütternde Warnung an die Sozialisten aller Länder gerichtet, den Faschismus und die Faschisten zu ächten und den gegen sie anstürmenden proletarischen Kräften nicht dadurch in die Arme zu fallen, daß irgendwo Sozialisten die Vertreter des italienischen, ungarischen oder irgendeines anderen Faschismus als die offiziellen Vertreter ihrer Länder empfangen und sie auf Kongressen dulden. Der Kongreß stimmte Kunfi in der stürmischsten Weise zu. Trotzdem hat weder der auf der Tagung der Interparlamentarischen Union anwesende Kommunist, noch haben die sozialistischen Parlamentarier gegen die Provokation Protest erhoben, die die Anwesenheit der Faschisten Mussolinis und des Banditen Gorthy ist.

Wenn alle Welt über Abrüstung und über die Krise des Parlamentarismus redet, müssen natürlich auch die Parlamentarier darüber reden. Ein netzlicher Zufall wollte es, daß u. a. auch der deutsche Sozialdemokrat Dr. David über die Abrüstung sprach. Etwa in dem Sinne: Deutschland hat abgerüstet, und da nach ihm auch die anderen abrüsten sollten, hat Deutschland das Recht, die Erfüllung der entsprechenden Vertragsbestimmungen zu verlangen. David hat zwar nicht gesagt, was die bürgerlichen Abrüstungspolitiker in Deutschland sagen, nämlich daß, wenn die anderen nicht abrüsten — und sie rüsten nicht ab! — auch das Abrüstungsbitte für Deutschland aufgehoben werden müsse. Aber der Redner nach ihm, der Vertreter des Herrn Gorthy, v. Berzevicz, verstand diesen Sozialdemokraten wahrscheinlich doch in dem Sinne. Denn er, der auch aus einem Lande kommt, das genau wie Deutschland „abgerüstet“ hat, begrüßte Davids Ausführungen. Natürlich nicht im Interesse Deutschlands. Sein Vorstoß galt dem Ziel, den Weg für die Aufrüstung Ungarns freizumachen. Daß auf der Tagung der Interparlamentarischen Union ein Nationalist und Militarist aus dem Horthylande dabei an die Ausführungen eines Sozialdemokraten anknüpfen konnte, scheint uns nicht minder bedenklich als die Tatsache, daß sie die Anwesenheit der Faschisten überhaupt ohne Widerspruch hingenommen haben.

Wo Reden gehalten werden, da kann natürlich der große Republikaner Dr. Joseph Wirth nicht fehlen. Dieser zentralistisch-demokratischen Leuchte in unserer Republik von der Größe einer winzigen Delfinzel macht die gegenwärtige Entwicklung des parlamentarischen Systems Sorge. Da es ihm nicht eingehen will, daß die Krisenerscheinungen des Parlamentarismus nur Auswirkungen der Machtverschiebung zwischen den gesellschaftlichen Klassen sind, glaubt er, wie übrigens auch andere, die Krise des Parlamentarismus durch Verbesserungen der Geschäftsordnungen oder durch andere Eingriffe in die Technik des Parlamentarismus beseitigen zu können. Das heißt, daß irgendwie die Kämpfe der Klassen mit der Krise in ursächlichem Zusammenhange stehen. Das merkt auch er, merkt es vor allem jetzt, wo in verschiedenen Ländern die Arbeiterklasse auf dem Wege ist, mit den Mitteln der Demokratie die Mehrheit in den Parlamenten zu erobern. Und eben diese Möglichkeit scheint ihm die ernsteste Gefahr dieser Krise zu sein. Solange der demokratische Parlamentarismus die Herrschaft der Bourgeoisie nicht erschütterte, gab es für ihn keine Krise des Parlamentarismus. Jetzt, da mit seiner Hilfe das Proletariat sein politisches Machtfeld erweitert, können die demokratischen Teile der Bourgeoisie nach Mitteln, um das Parlament von dem „Einfluß der Klassen“ unabhängig zu machen. Natürlich formt er so großer „demokratischer Arbeiterfreund“, wie doch dieser Dr. Wirth einer ist, seine inneren Wünsche nicht in

### Der Gipfel der Komödie

#### Der „Friedenspakt“ unterzeichnet

SPD Paris, den 27. August.

Zwei Stunden vor der Unterzeichnung drängte sich vor dem durch starke Polizeikräfte abgeperrten Außenministerium bereits die Menge, um wenigstens die Auffahrt der Minister und Bevollmächtigten zu sehen, die im feierlichen Zeremoniell von Schweizern mit roten Hosen, blauen Fräcken und Gellebarben ins Arbeitszimmer geleitet wurden. Als der letzte kam Stresemann. Im Uhrensaal hatten inzwischen die geladenen Persönlichkeiten Platz genommen: In der ersten Reihe Poincaré zwischen Frau Kellogg und seiner eigenen Frau, rechts und links die Mitglieder der Regierung, dahinter das diplomatische Korps. Pünktlich um 3 Uhr erfolgte der Einzug der Delegierten, deren jeder von Schweizern durch dreimaliges Aufschlagen mit der Hellebarde angekündigt wurde. Die acht Scheinwerfer begannen zu spielen, 50 Photographen und Kino-Operateure zu arbeiten. Nachdem die Delegierten Platz genommen hatten, erhob sich Briand. Briand dankte zunächst im Namen Frankreichs den Ministern der verschiedenen Länder, die zur Unterzeichnung des allgemeinen Kriegsvertrichts nach Paris gekommen seien. Er konnte nicht umhin,

bei dieser Gelegenheit der Genugtuung eines ganzen Volkes Ausdruck zu geben, das sich endlich im Tiefsten seines Wesens verstanden fühle. Besonderer Dank gebühre Staatssekretär Kellogg, der heute in dem gleichen Saale Platz nehme, in dem bereits Präsident Wilson mit einer so hohen Auffassung von der Rolle seines Landes an der Arbeit des Friedens teilgenommen habe. Kellogg könne heute mit gerechtem Stolz auf den seither durchschrittenen Weg zurückblicken.

Dann wandte sich Briand an Stresemann: Er habe der Welt ein hohes Beispiel gegeben, indem er Deutschland zur Unterzeichnung eines Paktes gegen den Krieg aus eigenem freien Willen und in völliger Gleichberechtigung Platz unter den anderen Unterzeichnern, seinen früheren Gegnern, nehmen ließ. Die Bedeutung dieses Ereignisses werde erhöht durch den Umstand, daß es dem Vertreter Frankreichs Gelegenheit gebe, zum ersten Male seit einem halben Jahrhundert einen Vertreter Deutschlands auf französischem Boden zu empfangen und ihm den gleichen Willkomm zu bieten, wie allen seinen ausländischen Kollegen. Da dieser Vertreter Deutschlands Herr Stresemann ist, fuhr Briand fort, „so darf ich hinzufügen, wie besonders glücklich ich bin, dem vornehmen Geiste und dem Mut des ausgezeichneten Staatsmannes Ehrerbietung zu erweisen, der seit mehr als drei Jahren niemals gezügert hat, seine ganze Verantwortung für das Werk europäischer Zusammenarbeit im Dienste des Friedens einzusetzen.“

Briand gedachte schließlich in eindringlichen Worten der Bedeutung des Paktes. Zum ersten Male werde auf unvorstellbarer Grundlage durch einen Kongreß des Friedens etwas anderes geleistet als lediglich die Regelung von Friedensbeziehungen, die in den Ereignissen eines Krieges ihren Ursprung hätten. Heute handele es sich nicht um die Liquidation eines Krieges. Der Pakt von Paris, der aus dem Frieden geboren sei und dem freien Willen der Regierungen und Völker entspringe, sei ein Pakt der internationalen Eintracht, von deren Geiste bereits die Verträge von Locarno und der Dawesplan beseelt gewesen seien. Briands Stimme erhob sich zu größerer Eindringlichkeit, als er darlegte, wie heute zum ersten Male angesichts der ganzen Welt die Nationen, deren jede eine schwere Vergangenheit hinter sich habe, den Krieg als Instrument der nationalen Politik feierlich verurteilen. Damit habe die Gewaltanwendung ihren Rechtschein verloren und der Krieg aufgehört, das wirtschaftliche, soziale und politische Leben der Völker zu bedrohen.

Wenn eingewendet werde, der Pakt sei nicht realistisch, da er keine Sanktionen vorsehe, so müsse gefragt werden, ob es denn realistisch sei, die moralischen Kräfte aus der Welt der Tatsachen auszuschließen. Welches Land würde künftig die Gefahr auf sich nehmen wollen, gegen die ganze Menschheit solidarisch sich erheben zu sehen. Damit sei zugleich die Unversalität des Paktes erklärt. Als der Pakt zum ersten Male den Vereinigten Staaten vorge-

### Belgrad und Ugram

#### Brandstiftung aus politischen Gründen

SPD Wien, 28. August.

Die Bevölkerung von Ugram wurde am Montag in eine ungeheure Aufrüstung verwickelt. Am Nachmittag brach in dem Heim der kroatischen Bauernpartei an verschiedenen Stellen ein Brand aus, der erst nach dreistündigen Bemühungen der Feuerwehr gelöscht werden konnte. In allen Bevölkerungsteilen Ugrams ist man der Ueberzeugung, daß Brandstiftung vorliegt.

Die Täter hatten es offensichtlich auf eine neue Beleidigung der kroatischen Bevölkerung abgesehen, denn der Brand galt zunächst den Tausenden von Schleifen, die nach dem Begräbnis von Raditsch zu Ehren des kroatischen Führers in dem Heim der kroatischen Bauernpartei niedergelegt waren. Der Festsaal des Heims war in ein „Raditsch-Heiligtum“ umgewandelt worden. Sowohl die Schleifen wie das Raditsch-Heiligtum wurden ein Opfer der Flammen.

Am Montagabend durchzogen große Mengen aus Protest die Straßen Ugams. „Nieder mit den Belgrader Südlings“, „Nieder der Regierung in Belgrad“, waren ständige Rufe der Demonstranten. Irgendwelche Zwischenfälle sind nicht zu verzeichnen.

offene Worte. Immerhin zeigt die Entschlicung, die er der Tagung der Interparlamentarischen Union vorgelegt hat, deutlich genug, wie er diese Gefahren bannen will. Ob sonderbar oder nicht: ausgerechnet Dr. Wirth ist für eine Beilegung des Verhältnisses wahrheitsgemäß, wie wir es jetzt in Deutschland haben, und schlägt in vorläufiger Form ein sogenanntes Wahrheitswahlsystem vor. Ob ihm da das englische Wahlrecht vorschwebt, das eine so ungeheure Verläßlichkeit des Volkswillens ermöglicht? Will Dr. Wirth auch in Deutschland ein Wahlrecht, das große Minderheiten, die nur um eine Stimme kleiner zu sein brauchen als die siegende Partei, in den einzelnen Wahlkreisen völlig leer ausfallen läßt? Dann käme es nur noch auf eine entsprechende Wahlkreiseinteilung an, um die Arbeiterschaft von der parlamentarischen Vertretung so gut wie auszuschließen. Seinen Angriff auf die parlamentarische Demokratie erweitert Dr. Wirth noch dadurch, daß er eine größere Unabhängigkeit der Regierung vom Parlament propagiert. Nach seinem Vorschlag sollen die Regierungsmitglieder auf die Dauer von mehreren Jahren gewählt werden, also künftig unabhängig von dem Willen des Parlaments sein.

Daß dieser Vorstoß gegen den demokratischen Parlamentarismus von dem „linken“ schwarzrotgoldenen Republikaner Dr. Wirth gemacht wird, trägt hoffentlich dazu bei, immer noch vorhandene Illusionen über die bürgerlichen Demokraten zu zerstören. Mit seinen Vorschlägen erhebt er die Fahne, unter der die Demokraten der Bourgeoisie in Richtung auf das Lager des Faschismus abschwerten. Die erstarkende Macht des Proletariats sagt ihnen Schrecken in die Glieder und treibt selbst die linken Elemente des Bürgertums dazu, bisher von ihnen — wenigstens in Worten — hochgehaltene Prinzipien zu zerklagen. Dr. Wirth hat am Sonnabend in einer Rede seine Vorschläge noch einmal kommentiert und die Gefahr an die Wand gemalt, daß es zur Diktatur einer Klasse kommen könne. Da die Diktatur der Bourgeoisie in allen

Ländern in mehr oder weniger klarer Form bisher schon bestanden hat, kann hier nur die Gefahr der Diktatur der Arbeiterklasse gemeint sein und Wirth sagt das selber in folgenden Sätzen ganz offen:

„Der dieser Bewegung kein Verständnis entgegenbringt, der beschwört die Gefahr heraus, daß es zur Diktatur einer Klasse kommt. Es kann das auch gerade die Klasse sein, der man den Aufstieg in den Formen des parlamentarischen Systems verperren wollte.“

Genau die gleichen Formulierungen über die bestehende Gefahr hat der französische Parlamentarier Berthod gesprochen, der sagte:

„Seit der großen französischen Revolution haben sich große Organisationen der Unternehmer gebildet. Die Trusts suchen auf den Staat Einfluß zu gewinnen, ein neues Feudalsystem zu schaffen. Neben diese Gruppierungen tritt mit demselben Nachstreben die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiterschaft. Sie ist gar nicht mehr so weit von der Möglichkeit entfernt, die politische Macht zu ergreifen.“

So haben die sonst so bedeutungslosen Reden auf der Tagung der Interparlamentarischen Union doch das Gute an sich, daß sie der Arbeiterschaft zum ersten Male sehr scharf Tendenzen aufzeigen, die sich in der weiteren Entwicklung noch verstärken werden. Jene Tendenzen, die mit je größerem Erfolge das Proletariat sich der Demokratie und des Parlamentarismus bedient, desto schneller den Rest der Bourgeoisie, der, vorgibt, noch auf dem Boden der Demokratie zu stehen, von diesem Boden abdrängen. Die Angst, die politische und im Anschluß daran auch die ökonomische Macht der Bourgeoisie zusammenstürzen zu sehen, läßt die letzten Republikaner, läßt die letzten Demokraten des Bürgertums überlaufen zu jener gewaltigen Mehrheit ihrer Klasse, die unter dem Bruch der Demokratie und unter Anwendung der Diktatur und des Terrors entschlossen ist, den Kampf mit der Arbeiterklasse um die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft auszufechten.